Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933
1930

20.8.1930 (No. 192)

Visual Library

Nr. 192 — Mittwoch, den 20. August 1930 — 173. Jahrgang

Expedition: Karl-Friedrich-Straße Nr. 14 — Fernsprecher Nr. 953 und 954 — Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 3515

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: i. V.: C. A. Seyfried Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM. einschl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Rpf.; Samstags 15 Rpf. — Anzeigengebühr: 14 Rpf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifferster Rabatt, der als Kassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Beitreibung und Konkursverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Aussperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsschluß erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Die Beratungen des Reichskabinetts

Wahlreform — Finanzreform

Das Reichskabinett beschäftigte sich am Dienstag in bis in die Nacht hinein dauernden Beratungen mit den im Herbst vorzulegenden Reformvorschlägen, der **Wahlrechtsreform** des Reichsinnenministers Wirth sowie den **finanz-, wirtschafts- und sozialpolitischen Problemen.** Es besteht die Absicht, die Frage der **Wahlreform so bald als möglich** zum Abschluß zu bringen. Der Grund für diese Beschleunigung liegt offenbar auch darin, daß nach dem Einsetzen des eigentlichen Wahlkampfes damit zu rechnen ist, daß die Minister nicht immer vollzählig in Berlin anwesend sein werden. Die Beratungen des Kabinetts werden deshalb in den nächsten Tagen weitergeführt werden. Sie gelten insbesondere auch der Finanzreform des Reichsfinanzministers Dietrich. Als erstes Reformgesetz wurde der Entwurf eines Gesetzes zur **Schaffung eines Reichsverwaltungsgerichtes** verabschiedet, der wie bekannt, einen vorweg genommenen Teil der Reichsreform darstellt.

Die Wahlreform Dr. Wirths

Die Wahlrechtsreform, die Dr. Wirth dem Kabinett zur ersten Beratung unterbreitet hat, hält sich, wie in Bestätigung der ersten Mitteilungen weiter gemeldet wird, im Rahmen des Artikels 22 der Reichsverfassung. Der Entwurf Dr. Wirths behält also ebenso das Proporzwahlrecht, wie das geltende Wahlalter von 20 Jahren bei. Das Ziel, das er anstrebt, ist, eine engere Verbindung zwischen den Wählern und den Gewählten zu sichern und so den unpersönlichen Charakter des Listenwahlrechts wenigstens annäherungsweise durch die **Personenwahl** zu ersetzen. Zu diesem Zweck will der Vorschlag **die Zahl der Wahlkreise von 35 auf 126 erhöhen,** so daß jeder Wahlkreis im Durchschnitt etwa 400 000 Einwohner und 250 000 Wahlberechtigte hätte. Die Stimmreste sollen zunächst in Wahlkreisverbänden verrechnet werden, deren es 32 geben soll, und die dann noch übrig bleibenden Reste in 12 Ländergruppen, in denen die Wahlkreisverbände zusammengefaßt werden. Die **Reichsliste soll wegfallen.** Durch die Erhöhung des Wahlquotienten auf 70 000 (bisher 60 000) Stimmen will man auch die Zahl der Abgeordneten vermindern. Der Reichstag würde dann 50 bis 60 Abgeordnete weniger zählen als bisher. Die 32 Wahlverbände sollen ferner auf 12 Ländergruppen aufgeteilt werden. Neu ist auch die Bestimmung, daß nicht nur Parteien, sondern auch Einzelpersonen sich um ein Mandat bewerben können. Da die Reform das Verhältniswahlrecht vorschreibt, erfolgt an Stelle der Reichsliste die Verrechnung der Reststimmen zunächst innerhalb der Wahlkreisverbände und dann innerhalb der geplanten 12 Ländergruppen. Der bisherige amtliche Stimmzettel soll wegfallen. Damit soll die nächste politische Folge der vorgeschlagenen Reform ein Druck auf die kleinen Parteien in der Richtung sein, sich zu größeren Gruppen zusammenzutun, weil sie andernfalls überhaupt keine Aussicht mehr hätten, in kleinen Wahlkreisen durchzukommen.

Der Reichsminister des Innern will seinen neuen Vorschlag, der jetzt dem Kabinett vorliegt, selbst **auf 12 Jahre,** d. h. auf drei Wahlperioden, **befristen.** Man will also Erfahrungen sammeln, um zu beurteilen, wieweit die Reform im Rahmen des Artikels 22 genügt, den Mißständen des heutigen Wahlsystems abzuhelfen und einer späteren Regierung und einem späteren Reichstag schon heute die Pflicht der Nachprüfung aufzuerlegen.

*

M. Berlin, 20. Aug. (Priv.-Tel.) Das Reichskabinett ist gestern mit der Beratung der Wahlrechtsreform nicht fertig geworden. Man nimmt an, daß die Verhandlungen noch mehrere Tage dauern werden, da offenbar die Meinungen noch in verschiedenen Punkten auseinander gehen. Wie wir hören, hält man auch in Zentrumskreisen den Entwurf Wirths nicht für ausreichend und weitgehend genug. Sobald die Verabschiedung der Wahlreform im Kabinett erfolgt, soll der Gesetzentwurf sofort dem Reichsrat zugeleitet werden.

Preistreibereien für Lebensmittel in New York

WTB. **London,** 20. Aug. (Tel.) „Daily Telegraph" meldet aus **New York:** Bei der amtlichen Untersuchung der zu **hohen Lebensmittelpreise** in New York erklärten mehrere als Zeugen vernommene Kleinhändler, daß sie von unbekannten Männern warnend aufgefordert worden seien, Ankäufe von Milch, Butter, Eiern und anderen Lebensmitteln bei gewissen Großhändlern zu unterlassen, da deren Preise zu niedrig seien. Händler, die die Warnung unbeachtet ließen, erklärten, ihre Chauffeure seien **von Banditenmitgliedern** überfallen worden, die die Gummireifen der Autos zerschnitten und die Waren vernichtet hätten. Einige Milchhändler sagten aus, daß sie vor einer Woche durch **Todesdrohungen** gezwungen worden seien, einen Dollar mehr für jede 10-Gallonen-Kanne Milch zu bezahlen.

Einer Exchange-Meldung aus **Chicago** zufolge gab der **Polizeidirektor** von Evanston (Illinois), der Heimatstadt des Generals Dawes, zu, daß er von dem „Erpresserkönig" Jack Zuta **Bestechungsgelder** angenommen habe.

Branntweinverbot am Wahltag in Preußen. Das preußische Staatsministerium hat eine **Bekanntmachung** erlassen, wonach im Lande Preußen für den Wahltag am 14. Sept. der Ausschank von Branntwein und der Kleinhandel mit Trinkbranntwein verboten wird.

Letzte Nachrichten

Krise in Bayern

Rücktritt der bayerischen Regierung

WTB. München, 20. Aug. (Tel.) Ministerpräsident Held erklärte in der heutigen Aussprache über die Schlachtsteuernotverordnung und die Deckungsvorschläge im Plenum des Bayerischen Landtages, wenn die Mehrheit des Landtages den ablehnenden Standpunkt gegenüber der Notverordnung auch heute in der Abstimmung zum Ausdruck bringe, so wäre die Staatsregierung nicht mehr in der Lage, die Verantwortung weiter zu tragen. Sie müßte in der Ablehnung der von ihr vorgeschlagenen steuerlichen Maßnahmen zugleich die Kundgebung des Mißtrauens der Mehrheit des Landtages erblicken, und das Gesamtministerium würde hieraus die Folgerungen ziehen.

In der entscheidenden Abstimmung stimmten 62 Abgeordnete für den sozialdemokratischen Antrag auf Aufhebung der Schlachtsteuer-Notverordnung der Regierung, die somit gefallen ist.

Finanzminister Dr. Schmelzle hat unmittelbar im Anschluß an die entscheidende Abstimmung dem Ministerpräsidenten Dr. Held seinen Rücktritt angezeigt. Sofort nach der Sitzung des Landtags hat Ministerpräsident Dr. Held dem Landtagspräsidenten schriftlich die Demission des Gesamtministeriums erklärt.

*

Der Haushaltsausschuß des Bayerischen Landtags hatte die vielumkämpfte **Schlachtsteuer** aufs neue abgelehnt.

Die **Plenarsitzung** des Landtags am Dienstag dauerte nur wenige Minuten. Ein sozialdemokratischer Antrag, der den Ausfall des Betrages von etwa 8 Millionen Reichsmark, den die Schlachtsteuernotverordnung erbringen sollte, dadurch gedeckt sehen will, daß auf dem Wege von Verhandlungen mit den Religionsgesellschaften die Leistungen des Staates an die Religionsgesellschaften gekürzt werden sollen, wurde dem Haushaltsausschuß überwiesen, ebenso ein Bauernbundantrag auf **Kürzung der Beamtengehälter** und andere Anträge.

Im **Ausschuß** wurde der Bauernbundantrag mit 4 Stimmen bei Stimmenthaltung aller übrigen Parteien angenommen, obwohl die Regierung erklärt hatte, daß eine solche Kürzung verfassungsmäßig unzulässig sei, solange das Reich nicht selbst eine Kürzung der Beamtengehälter beschlossen hat. Ein anderer Antrag des Bauernbundes, die **Ministerialzulagen** der bayerischen Beamten ab 1. Oktober aufzuheben, wurde bei Stimmenthaltung der übrigen Parteien mit den Stimmen der Sozialdemokraten und des Bauernbundes überraschend angenommen. Weiter nahm der Ausschuß, der über 4 Stunden tagte, einen Antrag der Bayerischen Volkspartei an, die Regierung zu ermächtigen, unverzüglich Maßnahmen zur **Vereinfachung der Staatsverwaltung** zu treffen. Der sozialdemokratische Antrag auf Abbau der finanziellen Leistungen des Staates an die **Kirchengesellschaften** wurde abgelehnt. Schließlich wurde noch ein Antrag der Deutschnationalen, die **Aufwandsentschädigung** der Landtagsabgeordneten um 25 Proz. zu kürzen, für eine weitere Sitzung des Ausschusses am heutigen Mittwoch zurückgestellt.

Das neue Reichsverwaltungsgericht

Aus dem im Reichskabinett verabschiedeten Entwurf

M. Berlin, 20. Aug. (Priv.-Tel.) Das vom Reichskabinett gestern verabschiedete Reichsverwaltungsgerichtsgesetz enthält zunächst die Bestimmung, daß der Sitz des Gerichtshofes in Berlin sein soll. Ferner wird bestimmt, daß die Zuständigkeit der Landesverwaltungsgerichte, soweit es sich um Auslegung von reichsgesetzlichen Bestimmungen handelt, diesem Gericht übertragen wird, das ferner die Aufgaben des Reichswirtschaftsgerichts einschließlich des Kartellgerichts und des Bundesamts der für Heimatwesen übernimmt.

Sehr bedeutsam ist die Bestimmung des Artikels 22, wonach der Reichsinnenminister auf Antrag eines Landes, dessen **Landesverwaltungsgerichtsbarkeit** dem neuen Gericht übertragen kann. Das gilt in erster Linie für **Preußen,** mit dem Verhandlungen darüber ja schon seit längerer Zeit so gut wie abgeschlossen sind, und dessen ordentlicher Verwaltungsgerichtshof dann verschwinden würde. Das neue Gericht übernimmt auch **einen Teil der Aufgaben des Staatsgerichtshofes,** nämlich die verwaltungsrechtlichen Streitigkeiten, so daß dem Staatsgerichtshof in Leipzig nur noch die Ministeranklagen und ähnliches verbleiben. Eine Reihe von Ausnahmen sind vorgesehen, nämlich alle Anordnungen auf dem Dienstweg können nicht vor das neue Gericht gebracht werden. Ferner wird der neue Gerichtshof je ein Mitglied des Reichsfinanzgerichts und ein Mitglied eines der sozialpolitischen Gerichtshöfe zugeteilt erhalten. Es handelt sich dabei namentlich um solche Fragen, die zwischen Reich und Ländern finanziell strittig sind, wobei nur an den Streit um die Biersteuer erinnert sei.

Senkung der Kartellpreise

Aus dem Gutachten des Reichswirtschaftsrats

Der Wirtschaftspolitische Ausschuß des Reichswirtschaftsrates hat einstimmig das von einer Unterkommission erstattete Gutachten über die Senkung der Kartellpreise erstattet, das die Regierung auf Grund ihrer Notverordnung bekanntlich von ihm verlangt hatte. Die Aufgabe, um die es dabei ging, ist bereits von uns dargestellt worden.

Die **erste Frage** der Regierung hatte dahin gelautet, ob bei der gegenwärtigen Wirtschaftslage die volkswirtschaftlichen Nachteile von Preisbindungen deren Vorteile für die Gesamtwirtschaft derart überwiegen, daß es notwendig sei, bis zur Überwindung der Krise auf Preisbindungen jeder Art zu verzichten oder an Stelle der Preisbindungen nur unverbindliche Richtpreise zuzulassen. Das Gutachten des Reichswirtschaftsrates hierzu geht davon aus, daß in dem Gesamtproblem der gegenwärtigen Krise und der Preise das Problem der Preisbindungen **nur einen** Faktor darstellt, neben dem andere Momente, die von der Seite der Produktions- und Verteilungskosten den Preis in erster Linie bestimmen, nicht außer acht gelassen werden dürften. Eine genaue Feststellung des Umfangs der Preisbindungen in den für Produktion und Lebenshaltung wichtigen Warengruppen erwies sich als nicht möglich, von den Regierungsstellen ausgehende überschlägliche **Schätzungen** beziffern auf dem Markt der industriellen Erzeugnisse für das Jahr 1929 den Anteil der Waren mit in der Produktionsstufe kartellmäßig gebundenen Preisen auf ungefähr 25 bis 30 v. H. mit **15 Milliarden von rund 50 bis 60 Milliarden Reichsmark des gesamten Umsatzes industrieller Waren.** Diese Zahl wurde allerdings von einem Teil der Ausschußmitglieder als überschätzt betrachtet. Jedenfalls wünschte man eine nähere Untersuchung darüber dringend. Anerkannt wird, daß die zahlenmäßige Ausdehnung der Preisbindungen jedenfalls von erheblicher Bedeutung für die Gesamtpreislage ist, namentlich bei Rohstoffen und Halbfertigwaren, von denen sich die Wirkung der Preisbindungen in weitere Phasen der Produktion fortsetzt. Daß die Entwicklung der gebundenen Preise in den letzten Monaten hinter dem Rückgang der nicht gebundenen Preise zurückbleibt, ist bekannt.

Eine allgemeine **zwangsmäßige** Aufhebung von Preisbindungen empfiehlt das Gutachten deshalb nicht, weil es notwendigerweise zu gewaltigen Umstellungen in der Wirtschaft führen würde, mit der Folge örtlicher Stillegungen und Entlassungen. Nach einmütiger Auffassung des Ausschusses wird deshalb nicht empfohlen, jetzt Preisbindungen jeder Art zu untersagen und nur unverbindliche Richtlinien zuzulassen.

Die **zweite Frage** der Regierung lautete, ob es sich empfehle, die Preisbindungen auf solchen Gebieten aufzuheben, auf denen preisgebundene Unternehmungen unter dem Drucke der Wirtschaftslage usw. die festgesetzten Preise nicht immer einhalten oder ob in einzelnen Fällen die Bindungen auf unangemessen hohe Preise aufgehoben werden sollen. Der Ausschuß hält **es hier einmütig für nötig, daß die Kartelle alsbald die von der wirtschaftlichen Entwicklung überholten Preisbindungen** auch formal **berichtigen oder aufheben,** und richtet den dringenden Appell an die Kartelle, hiernach zu verfahren. Nötigenfalls hält er auch einen Eingriff der Regierung auf Grund der Notverordnung für berechtigt und billigenswert. Ebenso hält er es für erwünscht, in einzelnen Fällen, wo unangemessen hohe Preisbindungen bestehen, durch Anwendung der Vollmachten der Verordnung **einzugreifen.** Ob dafür die Voraussetzungen vorliegen, soll je nach den besonderen Verhältnissen ermittelt werden, da allgemein gültige Merkmale dafür nicht aufgestellt werden können.

Die **dritte Frage** der Regierung ging dahin, ob die Preisbindungen von Angehörigen der nächsten Wirtschaftsstufe aufzuheben seien (zum Beispiel Bindungen des Einzelhandels durch Produzenten oder Großhandel), soweit eine allgemeine Aufhebung nicht notwendig oder möglich sei, insbesondere ob sich das für die sogenannten **Markenartikel** empfehle. Der Ausschuß bemerkt zu diesen Fragen, er könne eine allgemeine Aufhebung durch Regierungseingriff nicht befürworten, sondern nur einen **Eingriff auf Grund besonderer Prüfung von Fall zu Fall.** Was die Markenartikel betrifft, so sprach sich der Ausschuß einmütig dahin aus, daß Prüfungen in geeigneten Einzelfällen vorgenommen und, wenn sich hierbei Preisbindungen ergeben, die die Nutzensätze des Handels über den Rahmen des im Geschäftszweige durchschnittlich Üblichen und Angemessenen hinaus steigern, die **Entziehung des Rechtsschutzes** für eine solche Preisbindung erfolgen soll.

Darüber hinaus sprachen sich in der Abstimmung im Unterausschuß vier Mitglieder der Abteilung 2 und zwei Mitglieder der Abteilung 3 dahin aus, daß bei den **Markenwaren des Lebens- und Genußmittelgebiets** die Preisbindungen von Angehörigen der nächsten Wirtschaftsstufe allgemein durch Regierungsanordnung **aufgehoben** werden sollten; vier Mitglieder der Abteilung 1 und zwei Mitglieder der Abteilung 3 lehnten die Aufhebung dieser Preisbindungen ab (ähnlich war das Stimmverhältnis auch im wirtschaftspolitischen Ausschuß). Der gesamte Unterausschuß wünschte aber einmütig, daß durch Einzeluntersuchungen anderer Markgebiete oder auch einzelner Fälle geprüft wird, inwieweit es angebracht ist, das Verbot der Preisbindung für Markenartikel über das Gebiet der Lebens- und Genußmittel hinaus auszudehnen.

Allgemein herrschte, wie das Gutachten zum Schluß hervorhebt, im Ausschusse Einmütigkeit darüber, daß mit möglichster Beschleunigung **Klarheit** über die von der Reichsregierung auf dem Gebiete der Preisbindungen zu treffenden Maßnahmen im einzelnen herbeigeführt werden müsse. Der Reichswirtschaftsrat hält in Ansehung der weitgreifenden Vollmachten der Reichsregierung und in Übereinstimmung mit deren Erklärungen es für sachlich geboten, daß er auch für die Entscheidung der Einzelfälle zu gutachtlicher Stellungnahme herangezogen wird, zweckmäßigerweise in Verbindung mit der

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK — Baden-Württemberg

Anhörung der beteiligten Wirtschaftskreise durch die Reichsregierung. Er richtet daher an die Regierung die Bitte, ihm sobald als möglich diejenigen **Fälle mitzuteilen**, in denen sie auf Grund der ihr zur Verfügung stehenden Unterlagen eine unwirtschaftliche Hochhaltung gebundener Preise zu sehen glaubt, damit er in die Lage versetzt wird, die Regierung bei den von ihr hiernach in Aussicht zu nehmenden Maßnahmen gutachtlich zu beraten.

Währungskrise in Spanien

Der **Rücktritt des spanischen Finanzministers** ist auf die andauernde Krise der spanischen Währung zurückzuführen. Auch der Unterstaatssekretär im Finanzministerium, der Generaldirektor des Zolldepartements, der Unterstaatssekretär für nationale Wirtschaft und der Generaldirektor für Landwirtschaft sind zurückgetreten.

Um der fortschreitenden Pesetaentwertung entgegenzuwirken, ist durch königlichen Erlaß eine ministerielle Abteilung für Währungsfragen geschaffen worden. Die neue Stelle wurde u. a. ermächtigt, die nötigen Maßnahmen zu treffen, um zu verhindern, daß Banken, Finanzgesellschaften, Kaufleute usw. sich mit Devisenoperationen befassen, ohne dazu vorher die Genehmigung der Regierung erhalten zu haben. Die Beamten der neu eingerichteten Abteilung sind befugt, die Bücher aller spanischen Bankorganisationen einzusehen. Der Ministerrat beschloß, die Militärdienstpflicht auf ein Jahr herabzusetzen.

*

Auch **Brasilien** hat wieder eine Währungskrise. Sie ist offensichtlich auf eine **ganz verfehlte Wirtschaftspolitik** zurückzuführen. Den Anstoß gab der Kaffeepreissturz. Aber schon vorher war die wirtschaftliche Entwicklung einen falschen Weg gegangen, den Weg der Industrialisierung, der die Bevölkerung eines idealen Rohstofferzeugungsgebietes mit billigsten Bodenpreisen in die Städte trieb. Durch mangelnde Ausbildung seiner Rohstofferzeugung ist Brasilien dauernd auf Nahrungsmittelbezug angewiesen, während die Industrie bei teuren Preisen unrentabel arbeitet und durchaus den Bedarf des Landes, besonders an Spezialartikeln, nicht decken kann. Am 13. Juni ging der Milreiskurs von 0,491 auf 0,471 zurück, da die Bank von Brasilien kein Gold mehr abgab. Seit diesen Tagen ist der Rückgang nicht mehr zum Stillstand gekommen bzw. wurde durch kleine Goldabgaben nur unwesentlich verlangsamt. Am 18. August war ein Rekordtiefstand erreicht, das Milreis gilt nicht mehr rund 50, sondern nur noch 42 *Rpf.*

Die Streiklage in Frankreich

WTB. **Paris**, 20. Aug. (Tel.) Der Arbeitsminister **Laval** hat gestern den Vertretern der Arbeitgeber einen **Vermittlungsvorschlag** überreicht, der sich aus den Vorschlägen der Arbeitnehmervertreter aufbauen soll. Danach ist die sofortige Wiederaufnahme der Arbeit vorgesehen, falls die Arbeitgeber sich formell verpflichten, zum 1. Oktober eine **Lohnerhöhung auf Grund der Lebenshaltungsindexziffer** vorzunehmen. Dieses Angebot scheint von den Arbeitgebervertretern jedoch nicht besonders günstig aufgenommen worden zu sein. Ein Mitglied der Delegation erklärte: Wir können angesichts der schwierigen Lage der Industrie **keine Lohnerhöhung bewilligen.** Andererseits erklärte ein Vertreter der Arbeitnehmer: Unser Eindruck ist, daß die Arbeitgeber eine bedauerliche Intransigenz gezeigt haben.

Inzwischen kommt aus **Armentières** eine günstiger lautende Nachricht. Dort hat der Arbeitgeberverband den Streikenden den Vorschlag gemacht, einer rückwirkenden Angleichung der Löhne zuzustimmen, falls die Indexziffer am 1. Oktober höher als 7,16 sei. Die Delegierten der Streikenden haben diesen Vorschlag entgegengenommen, und man rechnet damit, daß er als Grundlage auch für die **Verständigung** zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern von **Lille** dienen und zur baldigen Beendigung des Streiks führen wird.

Die Streiklage selbst ist gegenwärtig nach dem „Journal" folgende: In Roubaix streiken noch 25 050 Arbeiter, in Tourcoing 19 900, in Halluin 7885, in Vattrelos 5370, in Wervicq 3300, in Comines 2120, in Croix 1756, in Lannoy 1715, in Leers 1370, in Lys 1120, in Bousbecque 1005 und in den übrigen Gemeinden der Gegend 2769.

Start zum Flug Berlin—Tokio

WTB. **Berlin**, 20. Aug. (Tel.) Der japanische Flieger **Seiji Yoshihara** ist heute früh 5.44 Uhr auf dem Flugplatz **Tempelhof** zu einem Fluge **Berlin—Tokio** gestartet. Die erste Etappe geht bis Königsberg. Yoshihara ist in Königsberg um 9.50 Uhr eingetroffen und um 11.30 Uhr zum Weiterflug gestartet.

Verkauf der Ostchinabahn?

Verhandlungen in Berlin

Wie die „Germania" meldet, sind in **Berlin Verhandlungen** zwischen einer **nordamerikanischen Finanzgruppe**, zwischen der Sowjetregierung und einem Vertreter der Russisch-Asiatischen Bank über den **Verkauf der ostchinesischen Eisenbahn** eröffnet worden.

Vor einigen Monaten hatten die Chinesen bekanntlich den Versuch gemacht, Sowjetrußland gewaltsam aus der Mandschurei zu verdrängen. Sie hatten unter dem Vorwande, daß aus den russischen Verwaltungsgebäuden und Konzessionen an der ostchinesischen Bahn die **kommunistische Propaganda** in China geleitet werde, Haussuchungen in den russischen Konsulaten vorgenommen, die Beamten verhaftet, in Konzentrationslager verbannt und unter Außerachtlassung der russischen Besitztitel selbst die alleinige Verwaltung der Bahn übernommen. Die Chinesen unterlagen aber in dem nun folgenden bewaffneten Konflikt und mußten sich in einem **Vorvertrag** dazu verstehen, die Sowjetrussen wieder in all ihre Rechte an der ostchinesischen Bahn einzusetzen. Die chinesische Zentralregierung in Nanking beanstandete den Vorvertrag. In Moskau sollten neue Verhandlungen eröffnet werden. Ein Bevollmächtigter der Nankingregierung traf auch in Moskau ein. Aber bis zum heutigen Tage ist unter allerlei Vorwänden die Unterschrift eines endgültigen Abkommens verzögert worden.

Die in **Berlin** geführten Verhandlungen geben jetzt der Frage eine **neue und unerwartete Wendung.** Der Bahnbau wurde mit französischem Kapital, das das Bankhaus Rothschild unter russischer Staatsgarantie vorschoß, im Jahre 1897 beendet. Die Chinesen behielten sich das Recht vor, den Bahnkörper im Jahre 1933 wieder zurückzukaufen. Da die Chinesen aber kaum die Mittel aufbringen können, um all die mit der Bahn verbundenen Auslagen zu bezahlen, so ist es sehr leicht möglich, daß sie die Hilfe **nordamerikanischer Finanzkreise** beansprucht haben. Es darf nicht übersehen werden, daß die Hauptbedeutung der Bahn nicht eine finanzielle ist, sondern eine politische. Die Ausschaltung der Bolschewisten aus der Verwaltung der Bahn und der Rückzug aus der Mandschurei müßte, wie die „Germania" meint, die russischen Positionen im Fernen Osten schwächen und jedenfalls einem Verzicht auf Wladiwostok und auf die Amurmündung gleichkommen.

Bürgerblock zu den Landtagswahlen in Braunschweig

WTB. **Braunschweig**, 20. Aug. (Tel.) Die Bestrebungen zur Bildung eines **Bürgerblocks** zur bevorstehenden **Landtagswahl in Braunschweig** sind zum Abschluß gekommen. Eine bürgerliche Einheitsliste ist aufgestellt, die heute veröffentlicht wird. Der gemeinsame Wahlaufruf, der zum Kampf gegen den Marxismus auffordert, ist von folgenden Parteien und Vereinigungen unterzeichnet: Christlich-Nationale Bauern- und Landvolkpartei, Deutschnationale Volkspartei, Deutsche Volkspartei, Zentrumspartei, Braunschweigischer Landbund, Bürgerbund, Vereinigter Mittelstand, Braunschweigischer Landesverband landwirtschaftlicher Vereine e. V., Landesverband braunschweigischer Hausfrauenvereine.

Das Luftschiff „Graf Zeppelin" machte Dienstag zwei Schweizerfahrten.

In dem Dorf **Hundisburg** bei Magdeburg schoß am Dienstagnachmittag als sich um **Unstimmigkeiten in der Kassenführung** des Gemeindesekretärs **Kosek** zu untersuchen, der Gemeindevorsteher Jung zusammen mit dem Mitglied des Gemeinderates Gradau in das Gemeindebüro begab, Kosek den Gemeindevorsteher nieder. Jung war auf der Stelle **tot.** Gradau flüchtete zum Fenster hinaus, wurde aber von Kosek verfolgt und durch einen nachgefeuerten Schuß **schwer verletzt.** Kosek tötete sich dann selbst mit einem Schuß.

Im **„Wilden Kaiser"** sind zwei über die Grenzen Tirols hinaus bekannte Bergsteiger, der Besitzer der Ackerlhütte im Ostkaiser, Andreas **Hormaier**, und der 26jähr. Max **Walter** aus Kitzbühel, bei einer Klettertour am Dülferiß zwischen Fleischbank, Südostwand und Christaturm tödlich abgestürzt. Damit hat der „Wilde Kaiser" in diesem Jahre schon **zehn Todesopfer** gefordert.

In **Debreczen** (Ungarn) beschlagnahmte die Zollwache einen **Waggon mit Sacharin** im Werte von etwa 2½ Millionen Pengö, der als eine von Magdeburg nach Nagykaroly in Siebenbürgen bestimmte Superphosphatsendung deklariert war. Nur die zu äußerst gelegenen Fässer enthielten Superphosphat, während die übrigen mit Doppelboden versehenen Fässer Sacharin enthielten. Anscheinend handelt es sich um eine weitverzweigte, umfangreiche Schmugglerorganisation.

Zur Wahlbewegung

Die Benummerung der Reichswahlvorschläge

Der Reichsminister des Innern hat nach Ausschreibung der Reichstagswahlen für die **Parteien**, die im letzten Reichstag vertreten waren, die **Nummern ihrer Reichswahlvorschläge** festgesetzt. Inzwischen haben mehrere Parteien organisatorische Änderungen erfahren oder die Bezeichnung für ihre Reichswahlvorschläge geändert oder erweitert. Der Reichsinnenminister hat sich damit einverstanden erklärt, daß für die Benummerung der Reichswahlvorschläge dieser Parteien die geänderte oder erweiterte Bezeichnung als identisch mit der bisherigen Bezeichnung behandelt wird.

Es wurden als identisch erklärt bei

Nr. 6 die neue Bezeichnung **„Deutsche Staatspartei"** (Deutsche Demokratische Partei und Nationale Reichsvereinigung verwandter Gruppen) mit der bisherigen Bezeichnung „Deutsche Demokratische Partei"; bei

Nr. 10 die neue Bezeichnung **„Deutsches Landvolk"** (Christlich-nationale Bauern- und Landvolkpartei) mit der Bezeichnung „Christlich-nationale Bauern- und Landvolkpartei"; bei

Nr. 11 die neue Bezeichnung **„Volksrechtspartei"** (Reichspartei für Volksrecht und Aufwertung und Christlich-soziale Reichspartei) mit der bisherigen Bezeichnung Volksrechtspartei, Reichspartei für Volksrecht und Aufwertung; bei

Nr. 16 die neue Bezeichnung **„Konservative Volkspartei"** mit der bisherigen Bezeichnung „Volkskonservative Vereinigung".

Die Gescheiterte Sammlung der Mitte

In einer längeren Zuschrift an die Nationalliberale Korrespondenz äußert sich der Senior der Deutschen Volkspartei, Geheimrat **Kahl**, über die gescheiterte Sammlungsbewegung der Mitte. Professor Kahl betont, daß er gegen die Staatspartei als solche nicht einen Feldzug eröffnen wolle, auch volles Verständnis für das Wahlbündnis in Württemberg und Baden habe. Dagegen komme es ihm auf das klare Bekenntnis an, daß er nach dem Ergebnis der Verhandlungen auch seinerseits der von Scholz getroffenen letzten Entscheidung nur aus vollster Überzeugung beitreten könne. Der Vorschlag Höpker-Aschoffs und Dietrichs, auf gleichberechtigter Grundlage sich seiner, Kahls, Führung anzuschließen, sei gewiß sehr ehrenvoll, aber er hätte aus sachlichen Gründen die ihm zugedachte Aufgabe niemals zu lösen vermocht, denn es fehlten die Voraussetzung eines glücklichen Zusammenschlusses und die vorangegangene programmatische Verständigung, wenigstens über die Hauptlinien der erstrebten gemeinsamen Politik. Kahl verweist vor allem auf die Zwiespältigkeit im Verhältnis zur Sozialdemokratie. Er kenne kaum eine größere politische Torheit als den Satz, daß nur ohne oder gegen die Sozialdemokratie regiert werden könne.

Burgfrieden auf der gemäßigten Rechten

Die Führer **Treviranus** (Konservative Volkspartei), **Dr. Scholz** (Deutsche Volkspartei und **v. Sachsenberg** (Wirtschaftspartei) haben sich, wie aus **Berlin** gemeldet wird, in einer gemeinsamen Besprechung darüber geeinigt, daß ihre drei Parteien im künftigen Reichstag **grundsätzlich Burgfrieden** gegeneinander bewahren wollen. Weiterhin haben sie sich entschlossen, in einem **gemeinsamen Wahlaufruf** zum Ausdruck zu bringen, daß die drei Parteien gewillt sind, bei allen sozialpolitischen, innen- und außenpolitischen Fragen zusammenzuarbeiten. Über die Form dieser Zusammenarbeit wurden Beschlüsse noch nicht gefaßt. Man denkt etwa an die Bildung eines interfraktionellen Ausschusses, nicht aber an die Fraktionsgemeinschaft. Die Verhandlungen zwischen den drei Parteien sollen fortgesetzt werden. Sie werden aber im wesentlichen nur noch der Formulierung des gemeinsamen Wahlaufrufes dienen.

Seeckt als Reichstagskandidat

Generaloberst **von Seeckt** ist, wie gemeldet, Spitzenkandidat der Deutschen Volkspartei im Wahlkreise Magdeburg. Der frühere Chef der Heeresleitung hat am Sonntag in Magdeburg eine Art programmatische Erklärung abgegeben. Seeckt will „die Einigung aller national denkenden Deutschen und aller bürgerlichen Parteien im Interesse einer nationalen Weiterentwicklung nach innen und außen". Radikalismus lehnt er ab. Seeckt bestätigt, daß man an ihn mehrfach herangetreten sei, um ihn für die Mitwirkung an radikalen Lösungen, d. h. **Staatsstreich** zu gewinnen. Er habe **abgelehnt**, weil radikale Methoden ins gefährliche Ungewisse führen. **Nicht Revolution, sondern Evolution** sei zu erstreben und dabei Unterordnung unter den einigenden Staatsgedanken.

Im Gegensatz zu Dr. Scholz, der die Verschmelzung mit der Staatspartei abgelehnt hat, weil diese auch in der Sozialdemokratie ein staatsbejahendes Element erkennt, bezeichnet es Generaloberst v. Seeckt „als unzulässig und auf die Dauer unmöglich, gegen die Millionen der Arbeiter zu regieren". Kein Stand habe das Recht, führend zu sein, jeder habe sich in den Staatsorganismus einzuordnen. Die Arbeiterschaft habe das Recht zur Mitarbeit am Staate — das sei seine Stellung zur Sozialdemokratie.

Auch über die Reichsreform äußerte sich Seeckt. Er will an der historischen Entwicklung festhalten und sich gegen eine Zerschlagung Preußens wehren.

Kandidaturen

Der **demokratische Parteivorstand** versammelte sich am heutigen Mittwoch früh im Reichstage, um **nochmals** über die **Kandidaturen** der Staatspartei für die Reichstagswahlen, besonders über die **Reichsliste**, zu beraten. Dabei wird auch über die Kandidatur des demokratischen Parteiführers **Koch-Weser** entschieden werden.

Die **Sozialdemokratische Partei** hat die Kandidatenaufstellung in einer Reihe weiterer Wahlkreise abgeschlossen. Ganz oder fast unverändert bleiben die aussichtsreichen Stellen ihrer Wahllisten in den Wahlkreisen Liegnitz, Oppeln (an erster Stelle steht **Stelling**), Merseburg (hier führt Dr. **Hertz**), Schleswig-Holstein, Weser-Ems, Ost-Hannover, Süd-Hannover, Braunschweig, Westfalen-Nord (mit **Severing** an der Spitze), Niederbayern (Toni **Pfülf**) und Mecklenburg. In Ostpreußen ist hinter Otto **Braun** neu Friedrich **Larsen** aufgestellt. In Baden führt jetzt — wie aus Berlin gemeldet wird — Dr. **Remmele** vor Georg **Schöpflin** die sozialdemokratische Liste.

In **Oberbayern-Schwaben** ist eine Sammlungskandidatur der Rechten gescheitert. In einer in München abgehaltenen Besprechung wurde mitgeteilt, daß der Gedanke, die Kandidatur **Lettow-Vorbeck** als Sammlungskandidatur durchzuführen, abgelehnt wurde. Die Führung der Deutschnationalen und des Christlichen Volksdienstes hätten sich versagt, ebenso die Wirtschaftspartei. Für die Konservative Volkspartei dagegen sei die Kandidatur Lettow-Vorbecks endgültig.

Volksschauspiel Ötigheim — das badische Oberammergau

Über das Volksschauspiel Ötigheim bei Baden-Baden, das von Jahr zu Jahr auch im Ausland steigendes Interesse findet, ist anläßlich des 20jährigen Bestehens eine reichillustrierte Schrift erschienen. Das „badische Oberammergau" wird es zuweilen genannt, da die Spiele von dem Idealismus und der Begeisterung der dortigen Gemeinde getragen werden. In manchen Spieljahren konnte mit etwa 25 Spieltagen die Zahl von nahezu 100 000 Besuchern erreicht werden. Aus ganz Baden, aus Württemberg und dem Elsaß kommen allsonntäglich die Besucher, und das nahe Weltbad Baden-Baden ist nicht zuletzt mit seinen Gästen, außer Deutschen insbesondere auch Amerikaner, sehr stark vertreten. Die erschienene wissenswerte Schrift enthält u. a. interessante Angaben aus der Geschichte der Ötigheimer Spiele sowie die Wiedergabe einer Anzahl der zahlreichen Anerkennungen, die die Ötigheimer Spielgesellschaft in der deutschen und ausländischen Presse gefunden hat. Schon seit Jahren läßt die Reichsbahn an allen Spieltagen Sonderzüge von und nach den verschiedenen Richtungen verkehren, die jeweils volle Besetzung aufweisen. Das für den Sommer 1930 gewählte Stück „Andreas Hofer" hat naturgemäß im Befreiungsjahr einen besonders starken Wiederhall gefunden. Die im Tiefdruck recht wirkungsvoll illustrierte Schrift kann durch den Badischen Verkehrsverband Karlsruhe kostenlos bezogen werden.

*

Die Anziehungskraft des Ötigheimer Volksschauspiels steigert sich von Woche zu Woche. Seit der zweiten Julihälfte ist allsonntäglich ein starker Zudrang zu den „Hofer"-Spielen zu fühlen, so daß die Vorstellungen fast restlos ausverkauft sind. Es empfiehlt sich deshalb, die Karten rechtzeitig im Vorverkauf zu besorgen.

Mehrfarbiges Reliefplakat „Der Bodensee"

Die vereinigten Dampfschiffahrtsverwaltungen für den Bodensee, Untersee und Rhein haben soeben eine große mehrfarbige Reliefkarte des gesamten Bodenseegebietes herausgebracht. Diese in ihrer Gesamtwirkung fesselnde, bildliche Darstellungsart macht die Reliefkarte zu jenen bevorzugten Werbemitteln, denen neben dem Werbezweck zugleich ein hoher praktischer Wert für die Orientierung der Reisenden und als Anschauungsmittel zukommt. Überaus plastisch stellt sich die Gliederung des Bodensees in seine drei Teile dar, dem Obersee zwischen Bregenz und Konstanz, dem Überlinger See zwischen Meersburg und Ludwigshafen mit der Insel Mainau, dem Untersee zwischen Konstanz, Radolfzell und Stein mit der Insel Reichenau. Erfreulicherweise wurde auch die weitere Umgebung erfaßt, die mit den Orten Ravensburg und Heiligenberg, Singen mit den Hegaubergen, Schaffhausen mit Rheinfall sowie Winterthur und St. Gallen ihre Begrenzung findet. Die neue wertvolle Reliefkarte läßt das Bodenseegebiet als Sammelpunkt des internationalen Reiseverkehrs recht wirkungsvoll in Erscheinung treten.

Rekordbesuch im Mannheimer Schloßmuseum. Am Sonntag waren nach Mitteilung des Städt. Nachrichtenamtes Mannheim die Sammlungen des Schloßmuseums und die Sonderausstellung „Innenräume deutscher Schlösser vom Barock bis zum Empire", die an diesem Tage ihr Ende erreichte, von 6210 Personen besucht. Es ist dies die höchste Tagesbesucherzahl, die das Schloßmuseum seit seinem Bestehen aufzuweisen hat.

Drahtlose Fernsehversuche. Die Telefunkengesellschaft in **Berlin** hat am Dienstag drahtlose Fernsehversuche auf der Station Nauen nach Geltow ausgeführt. Es wurden über eine Entfernung von rund 40 Kilometer vom Sender in Nauen mit Kurzwellen, und zwar mit 70-Meter-Wellen, ein Filmstreifen und ferner zwei Damen, die sich miteinander unterhielten, nach Geltow übertragen und dort deutlich sichtbar vorgeführt. Der intensiven Laboratoriumsarbeit ist es gelungen, die Kosten für die Fabrikation von Fernsehempfangsapparaten außerordentlich herabzudrücken. Es wird aber noch geraume Zeit dauern, bis das Fernsehen im Rundfunk eingeführt werden kann. Deshalb stellte die Telefunkengesellschaft auf der diesjährigen Funkausstellung keine Fernsehgeräte aus, da sie der Meinung ist, daß nur Apparate auf die Ausstellung gehören, die technisch absolut vervollkommnet sind und sofort preiswert gekauft werden können.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Kurze Nachrichten

Die Verhandlungen in der Berliner Metallindustrie gescheitert. Die Verhandlungen, die am Dienstag im Reichsarbeitsministerium zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretern der Metallindustrie in der Frage der Abbauaktion stattgefunden haben, sind gescheitert. Die Absicht des Reichsarbeitsministers, im Anschluß daran mit den einzelnen Delegationen zu verhandeln, ist damit gegenstandslos geworden. Es ist daher noch ganz unbestimmt, wie die Abbauaktion weitergehen wird.

Ein neues Mitglied des Reichswirtschaftsrates. Der Präsident der Handwerkskammer für bayerisch Schwaben und Neuburg, Landesgewerberat Joseph **Halbeck** in Augsburg, ist an Stelle des verstorbenen Landesbaurates Georg **Meister** als Mitglied des Vorläufigen Reichswirtschaftsrates einberufen worden.

Der japanische Prinz Takamatsu hat am Dienstag dem Reichsaußenministerium einen Besuch abgestattet.

Die Kinderlähmung im Elsaß. Bis zum 18. August wurden im Departement Oberrhein 314 Fälle von spinaler Kinderlähmung gemeldet. Die Epidemie sei in langsamem Rückgang begriffen. — Dagegen wurden aus **Nordfrankreich,** besonders in der Gegend von Maubeuge, seit mehreren Tagen verschiedene Fälle von spinaler Kinderlähmung gemeldet.

Das „Posener Tageblatt" beschlagnahmt. Auf Antrag der Staatsanwaltschaft Posen hat das Amtsgericht die Sonntagausgabe des „Posener Tageblattes", das die deutschen Interessen in Polen vertritt, wegen eines unter der Überschrift „Das Grundübel" erschienenen Leitartikels, in welchem dem übertriebenen Haß der nationalen Elemente entgegengetreten wurde, beschlagnahmen lassen.

Attentat in Kowno. Der Kownoer Polizeichef **Wuteika** wurde in einem Hotel von einem gewissen Julius Vaitkevicius und einer zweiten Person überfallen, geknebelt und durch vier Dolchstiche verletzt. Es handelt sich um einen politischen Racheakt. Die beiden Täter sind verhaftet worden. — Die verhafteten Attentäter sind Studenten, die angeben, daß im ganzen 12 Personen ermordet werden sollten, darunter zwei Minister, namhafte Führer der Tautininkai, einige Beamte und Offiziere.

Persien lehnt ein gemeinsames militärisches Vorgehen mit der Türkei gegen die aufständischen Kurden ab.

Ein neuer Zwischenfall mit Polen

Bei **Marienwerder haben** zwei bewaffnete polnische Grenzbeamte deutsches **Gebiet** betreten; sie fragten eine Frau, wer im Buschwärterhause wohne, ob es Telephonanschluß habe, ob die Grenze durch Landjägerei und Zollbeamte schwer bewacht sei, und ob das Telephon an die Leitung des Deichverbandes angeschlossen sei. Die Frau gab ausweichende Antwort. Als auch eine andere Frau Auskünfte ablehnte, ging ein mit der Pistole bewaffneter Beamter auf deutsches Gebiet und stellte die Nummer der Telephonstange selbst fest.

Nach Meldungen aus **Berlin** scheint sich die Nachricht zu bestätigen. Sollten die weiteren Feststellungen tatsächlich ergeben, daß polnische Beamte die Grenze überschritten haben, so würde von deutscher Seite selbstverständlich der Fall nach Abschluß der Feststellung in Warschau vorgebracht werden, da durch diesen Zwischenfall die vor einiger Zeit mit Polen getroffenen Abmachungen verletzt worden wären.

Stillegungen und Entlassungen im Ruhrbergbau

Die Klöcknerwerke haben beim Stillegungskommissar die Stillegung des Schachtes III ihrer Zeche „Werner" beantragt. Dadurch kommen von dieser Zeche 850 Bergarbeiter und Angestellte zur Entlassung. Der Antrag auf Stillegung wird mit der außerordentlich schlechten Marktlage in Gasflammkohle begründet. Der Schacht liegt zwischen Lünen und Hamm. Auch die Zeche „Prosper" bringt auf ihrem Schacht III in Botrop zum 1. September 300 Mann zur Entlassung, was auch hier durch Verschlechterung der Absatzlage begründet wird.

Eine Berliner Zeitung hatte gemeldet, daß der Reichsarbeitsminister Dr. **Stegerwald** mit den Zechenbesitzern bereits Verhandlungen geführt und dabei erklärt habe, er würde sie bei dem Versuch des generellen Lohnabbaues unterstützen. Wie wir von unterrichteter Seite hören, ist diese Meldung vollkommen aus der Luft gegriffen.

*

WTB. **Essen,** 20. Aug. (Tel.) Wie wir erfahren, hat der Schlichter Prof Brahn die Parteien auf **kommenden Montag** nachmittag zu **Schlichtungsverhandlungen** eingeladen. Die Parteiverhandlungen finden um 2 Uhr am gleichen Tage statt.

Kleine Chronik

Die **Zahl der Todesopfer der Eisenbahnkatastrophe** von **Kreuzwald** (Lothringen) hat sich infolge des Ablebens zweier weiterer verletzter Personen auf **sieben** erhöht. 14 Leichtverletzte haben inzwischen das Krankenhaus verlassen können, weitere 14 müssen noch behandelt werden.

Der Direktor und Hauptaktionär der Uhrenfabrik Optima AG. in Grenchen (Schweiz), Franz **Peter,** der im Juni d. J. unter Mitnahme eines Warenlagers von etwa 80 000 Schweizer Franken spurlos verschwunden war, konnte nunmehr in **Montevideo** (Uruguay) **verhaftet** werden. Der größte Teil der Waren wurde beschlagnahmt.

In **London** sind anläßlich des letzten Wochenendes 28 Personen bei Automobilunfällen ums Leben gekommen. Verletzt wurden im ganzen 80 Personen.

In **Bukarest** brach in den **Zollspeichern** ein **Brand** aus, der sich infolge des heftigen Windes mit rasender Geschwindigkeit ausbreitete. Der Wert der vernichteten Waren wird auf **200 Millionen Lei** geschätzt.

Der Leiter des **Marienbader Postamts,** Postdirektor **Sinka,** wurde unter dem Verdacht umfangreicher **Veruntreuungen** einstweilen beurlaubt.

In **Kabul** (Afghanistan) nimmt die **Choleraepidemie** täglich mehr zu. In Kandahar ist die ganze Bevölkerung evakuiert worden.

Tödlich verunglückt in **Japan** sind beim Besteigen des **Asama** sechs japanische Touristen, unter ihnen zwei Frauen. Sie wurden das **Opfer eines plötzlichen Lavaausbruches** des Vulkans. Der Ausbruch war von einem starken Erdbeben in der ganzen Umgebung des Berges begleitet.

200 maskierte Männer bemächtigten sich in **Tarboro** (Nordkarolina) im Gefängnis eines jungen **Negers,** der sich an zwei weißen Mädchen vergangen haben soll. Sie banden ihn an einen Baum und **peitschten ihn tot.**

Etwa 1000 Dörfer der südwestlich der Mandschurei gelegenen chinesischen **Provinz Tschili** sind durch die wegen der anhaltenden Regenfälle über die Ufer getretenen Flüsse **überschwemmt. 3000 Personen sind ertrunken.** Zahlreiche Dorfbewohner, die sich auf Dächer und Bäume geflüchtet hatten, entbehren seit Tagen jeglicher Nahrung.

Banken und Sparkassen

Von Sparkassenseite wird uns geschrieben:

Der Kampf zwischen Banken und Sparkassen um die Spargelder ist wieder einmal entbrannt. Die Banken behaupten, daß die Sparkassen ihre Einlagenzinsen absichtlich hochhalten und dadurch auch die Banken an einer weiteren Senkung ihrer Habenzinsen hindern. Ohne eine Herabsetzung der Habenzinsen glauben nämlich die Banken ihre Sollzinsen nicht genügend ermäßigen zu können, weil sonst die **Spanne** zwischen beiden zu klein werden würde. Sie verweisen besonders darauf, daß angesichts des darniederliegenden Effektengeschäfts die Gewinne aus den Kreditgeschäften die einzigen seien, aus denen sie ihre hohen Betriebsunkosten decken und Überschüsse erzielen könnten. Die Sparkassen erwidern hierauf, daß sie ihrerseits mit einer verringerten Spanne zwischen Soll- und Habenzinsen gut auskommen, und daß die Einlagenzinsen hochgehalten werden müßten, um für die Spartätigkeit ausreichenden **Anreiz** zu bieten.

Bisher hat sich diese Sparkassenpolitik durchaus bewährt, denn bekanntlich haben die Einlagen der Sparkassen trotz aller wirtschaftlichen Nöte eine sehr ansehnliche Höhe erreicht, während sich das Depositengeschäft der Banken trotz Einführung der Sparkonten meist wenig befriedigend gestaltet hat. Die Banken fordern deshalb, daß den Sparkassen nicht nur ihre Anlagemöglichkeiten eingeschränkt werden, sondern daß ihnen sogar die Annahme von Großeinlagen, die über einen bestimmten Betrag für den einzelnen Sparer hinausgehen, unterbunden werden soll. Man will den Sparkassen nur noch das Geschäft mit den **Kleinsparern** gestatten, das für die Banken zu unrentabel ist.

Hiergegen muß Einspruch erhoben werden. Die Banken haben ganz vergessen, daß sie **selbst** daran schuld sind, wenn die Sparer sich zum großen Teil von ihnen abgewandt haben. Es ist noch nicht lange her, daß die Banken viele ihrer Depositenkunden zur Auflösung ihrer Konten gezwungen haben, weil ihr Effekten- und Einlagenbestand infolge der Inflation allzu sehr zusammengeschmolzen war. Die Sparer und kleineren Kapitalisten haben es, auch wenn sie es inzwischen wieder zu größeren Vermögen gebracht haben, vielfach nicht vergessen, wie rücksichtslos die Banken damals dieser Kunden **sich entledigt haben,** weil ihnen die Verwaltungsunkosten ihrer entwerteten Konten zu hoch erschienen. Sie erinnern sich ferner daran, daß die Sparkassenkonten im Gegensatz zu den Bankkonten wenigstens in angemessener Weise **aufgewertet** worden sind.

Das Vertrauen, das die Banken damals in weitesten Kreisen der Bevölkerung eingebüßt haben, konnten sie bisher noch nicht wiedergewinnen. Das ist **die wirkliche Ursache** dafür, daß sie im Wettbewerb mit den Sparkassen ins Hintertreffen geraten sind. Ihre Sache wird es sein, sich dieses Vertrauen allmählich zurückzuerobern. Aber es besteht keinerlei Veranlassung, wegen der zum Teil selbstverschuldeten Notlage der Banken die Sparkassen in ihren rechtmäßigen Wettbewerbsrechten durch **gesetzgeberische Zwangsmaßnahmen** zu beschränken. Wenn daher die Sparkassen glauben, an der bisherigen Verzinsung der Einlagen festhalten zu müssen, um die Einlagenbestände nicht zurückgehen bzw. um sie weiter ansteigen zu lassen, so üben sie damit schließlich nur ihr Recht und ihre Pflicht als Träger der Kapitalbildung aus, und es wäre verfehlt, ihnen hierbei in den Arm zu fallen.

Die kommende Gasbank

Den deutschen Städten ist es heute oft nicht mehr möglich, die notwendigen Mittel zum Ausbau ihrer Gasanstalten aufzubringen oder auf dem Anleihewege zu beschaffen. Es ist zwar selbstverständlich, daß man Erweiterungen der Gasanstalten und Neubauten gegenwärtig nach Möglichkeit einschränkt; aber soweit die Versorgung der Wirtschaft mit Gas Vergrößerungen der vorhandenen Anlagen erfordert, **müssen** die notwendigsten Mittel natürlich beschafft werden, und es ist wichtig, daß man sie **auf dem billigsten Wege** beschafft. Dieser Weg ist heute zweifellos der der **Auslandsanleihen,** und da Gasanstalten eine außerordentlich produktive und auch rentable Anlage des Kapitals darstellen, so ist grundsätzlich gegen ihre Finanzierung mit Auslandsgeldern nichts einzuwenden.

Es geht aber freilich nicht an, daß jede einzelne kommunale Gasanstalt sich selbst die gewünschten Auslandsanleihen besorgt, denn der gegenseitige Wettbewerb wirkt dann zinsverteuernd. Vielmehr ist ein **Zusammenschluß** der Gemeindewerke zur Begebung gemeinsamer Anleihen notwendig. Die **Thüringer Gasgesellschaft,** eine der führenden kommunalwirtschaftlichen Unternehmungen auf diesem Gebiete, hat nun die Absicht, eine **Holdinggesellschaft** zur Finanzierung von **Gas** und auch **Elektrizitätsunternehmungen** ins Leben zu rufen. Begründet wird dieses Projekt vor allem damit, daß den deutschen Städten selbst heute vielfach der Weg zu Auslandskrediten versperrt ist. Von **ausländischer** Seite ist deshalb der Gedanke zur Erörterung gestellt worden, die deutschen kommunalen Gasunternehmungen zu einer Holdinggesellschaft zusammenzuschließen, deren Aufgabe es sein soll, die Gaserzeugung, und vor allem auch die **Ferngas-** und Gruppengasversorgung auf breitester Basis zu finanzieren, also gewissermaßen als **deutsche Gasbank** zu fungieren.

In der geplanten Holdinggesellschaft sollen sich sowohl **städtische** als auch **private** Gaswerke zusammenschließen können. Die Gesellschaft soll dann im Auslande Kredite zu möglichst günstigen Bedingungen aufnehmen, um sie an die einzelnen Gaswerke weiterzuleiten. Sie soll aber ferner auch die Gemeinden bei der Finanzierung und auch beim Ausbau ihrer Gasanstalten **beraten,** um eine möglichst rationelle Gaswirtschaft sicherzustellen. Hinter der Thüringer Gasgesellschaft und ihrem Projekt steht die größte Bank der Welt, die Chase National of the New York und auf deutscher Seite die **Deutsche Bank und Disconto-Gesellschaft,** sowie die Allgemeine Deutsche Creditanstalt in Leipzig. Es werden freilich noch einige Schwierigkeiten zu überwinden sein, bevor die neue Holdinggesellschaft für kommunale **Gas-** und Elektrointeressen wird ins Leben treten können. Aber eine vernünftige Verwirklichung dieses Projektes könnte in der Tat viel zur Erleichterung der Finanzierung unserer kommunalen Gas- und Elektrizitätswerke beitragen.

Zeitschriftenschau

Atlantis — Länder, Völker, Reisen. Herausgeber Dr. Martin Hürlimann (Atlantis-Verlag, G. m. b. H., Berlin). Den Schönheiten unserer Erde, von der Luft aus betrachtet, den Wundern der lebendigen Landkarte ist die Augustnummer der Zeitschrift Atlantis gewidmet. Dr. Martin Hürlimann und Walter Mittelholzer schildern ihre Eindrücke von der ersten Nordlandfahrt des „Graf Zeppelin", die der Westküste Norwegens entlang bis zu den Bäreninseln und in die Nähe Spitzbergens führte. Mehr als zwei Dutzend wundervolle Flugbilder illustrieren alle die Augenerlebnisse, die Martin Hürlimann aufs fesselndste zu vermitteln vermag. Walter Mittelholzer würdigt die Fahrt vom fliegerischen Standpunkt aus: „Luftschiff oder Flugzeug?" Ein wundervolles Bild von Spitzbergen geben die seltenen Photos von der deutschen Spitzbergenexpedition unter Dr. W. Ankersen. Die Menschen der Polarländer führt uns Dr. Arnold Heim vor Augen. Georg Wegener veröffentlicht persönliche Erinnerungen an Fridtjof Nansen, die den großen Menschen und Forscher unvergeßlich ins Gedächtnis prägen. Ergreifend das von Hermann Hiltbrunner aufgefundene Tagebuch Harald Simonsens, eines Matrosen, der mit einem Gefährten im Spitzbergenwinter zugrundegegangen ist und bis zur letzten Stunde mit wahrhaft großer menschlicher Haltung Aufzeichnungen an seine Mutter niedergelegt hat. Anhand 13 wundervoller Tiefdruckbilder lehrt uns Dr. Weltz die Sprache der Wolken verstehen. 10 Meisterlithographien von Daumier zu dem Thema: „Freuden der Sommerfrische" bilden den köstlich humoristischen Beschluß des überreichen Heftes.

Badischer Teil

Die Wahlbewegung in Baden

Zum liberalen Wahlabkommen in Baden und Württemberg

Die Bestimmungen des badisch-württemberg. Abkommens der **Deutschen Volkspartei** und der **Staatspartei** sind u. a. folgende: Beide Parteien stellen in Baden und Württemberg je eine Gemeinschaftsliste auf, die in Baden von **Curtius** und **Dietrich,** in Württemberg von **Heuß** und **Keinath** geführt wird. Zwischen beiden Listen wird Listenverbindung hergestellt, d. h. es werden die **Reststimmen** zunächst innerhalb der beiden Länder verrechnet. Legt man die Ziffern der letzten Reichstagswahl zugrunde, würden danach auf die Gemeinschaftsliste in Baden 149 000, in Württemberg 173 000 Stimmen entfallen. In beiden Ländern wären sonach zwei Abgeordnete gewählt. Darüber hinaus würden in Baden 29 000, in Württemberg 53 000 Reststimmen verbleiben. Diese 82 000 Reststimmen würden dann der württembergischen Liste zugute kommen, auf der infolgedessen ein dritter Kandidat gewählt wäre. Es wäre dann noch ein weiterer Stimmenrest von 32 000 Stimmen an eine der Reichslisten zu vergeben. Dieser letzte Stimmenrest soll, wie man hört, der Reichsliste der Staatspartei zufallen.

Kandidatenlisten für Baden

Die Kandidatenliste der **Deutschnationalen Volkspartei** für den Wahlkreis Baden ist folgende: 1. Dr. Alfred **Hanemann,** Landgerichtsdirektor, Heidelberg; 2. Alfons Josef **Kaufmann,** Landwirt, Walldürn; 3. Dr. Ernst Christoph **Brühler,** Verlagsleiter, Freiburg i. Br.; 4. Friedrich **Becker,** Metalldreher, Wolfartsweier; 5. Frau Johanna **Richter,** Oberzahlmeisterswitwe, Heidelberg; 6. Heinrich **Mahla,** Fabrikant, Pforzheim; 7. Fritz **Kobe,** Pfarrer, Knielingen; 8. Dr. Paul **Schmitthenner,** Privatdozent, Heidelberg; 9. Georg **Hertle,** Bürgermeister, Sachsenflur; 10. Ludwig **Stump,** Oberpostsekretär und Stadtrat, Konstanz; D. Theodor Friedrich **Mayer,** Geh. Oberkirchenrat, Karlsruhe; 12. Ferdinand **Lang,** Glasermeister, Karlsruhe.

In ihrer Landesausschußsitzung stellte, wie schon gemeldet, die **Badische Wirtschaftspartei** ihre Spitzenkandidaten auf. Ein Beschluß geht auf eine Listenverbindung mit Württemberg für die Reichstagswahlen. Bei den Kommunalwahlen in Baden will sie selbständig vorgehen.

Wegen Beleidigung der badischen Regierung verurteilt

Vor der Strafkammer **Heidelberg** hatte sich am Dienstag der als nationalsozialistischer Agitator bekannte Major a. D. **Fröhlich** wegen Beleidigung der badischen Regierung zu verantworten. In einer zu Eichtersheim abgehaltenen Versammlung der Nationalsozialisten hatte er ausgeführt, daß die badische Regierung Gelder zu Propagandazwecken gegen die Nationalsozialisten verwendet und über das Konto des landwirtschaftlichen Notetats verbucht habe. Das Amtsgericht hatte ihm „Wahrung berechtigter Interessen" zugebilligt und ihn freigesprochen, der Staatsanwalt Berufung eingelegt. In der Berufungsverhandlung wurde dem Angeklagten vom Vorsitzenden bedeutet, daß nach der Rechtsauffassung des Reichsgerichts ein Parteimann in Wahrung berechtigter Interessen nicht beleidigen dürfe. Der Staatsanwalt forderte Verurteilung wegen Beleidigung. Wahrung berechtigter Interessen dürfe nicht zuerkannt werden. Angesichts der Schwere der Beleidigung müsse der Angeklagte zu einer Freiheitsstrafe verurteilt werden, über deren Höhe das Gericht befinden solle. Das Urteil lautete auf 200 *RM* **Geldstrafe** evtl. 20 Tage Gefängnis.

Aus der badischen Industrie

Betriebsverlegung bei Enzinger-Union. Im Zusammenhang mit dem Antrag auf Entlassung von 80 Arbeitern sind Gerüchte aufgetaucht, daß der Mannheimer Betrieb verlegt werden soll. Die „N. Bad. Landesztg." erfährt dazu, daß die Abteilung **Armaturendreherei** und **Schlosserei** von Mannheim nach dem Werk **Pfeddersheim** verlegt wird, weil sich dort eine Gießerei befindet und so die Rohgüsse nicht von einem Betrieb zum andern, von Pfeddersheim nach Mannheim, zur Weiterverarbeitung gesandt werden müssen. Diese Abteilung wird in Mannheim aufgelöst, die Arbeiter kommen zur Entlassung, da ja eine „Versetzung" nicht möglich ist, doch sollen sie, nach Bedarf, in Pfeddersheim eingestellt werden. Der übrige Betrieb und die Zentralverwaltung verbleiben in Mannheim.

Vom Schwarzwälder Erzbergbau. Nachdem auf den Schwarzwälder Erzbergwerken am Ende des Monats Juni 1930 die Erzproduktion eingestellt worden ist, sind, wie aus **Freiburg** gemeldet wird, nur die Aus- und Vorrichtungsarbeiten in Betrieb. Es wurden im Monat Juli 34 Mann beschäftigt (gegen 156 Mann im Juni). Produziert wurden im Juli 40,30 Tonnen verhüttungsfähige Erze (gegen 290,7 Tonnen im Juni).

Wetternachrichtendienst der Bad. Landeswetterwarte, Karlsruhe. Mit dem Vordringen kühlerer Luft von Westen ist über Frankreich ein Hochdruckgebiet aufgebaut worden, unter dessen Einfluß wir mindestens für zwei Tage heiteres Wetter zu erwarten haben. **Voraussage:** Heiter, trocken und warm.

Gemeinderundschau

Der Schwetzinger Voranschlag genehmigt

Der städtische Voranschlag beschäftigte am Montag zum zweiten Male den Bürgerausschuß Schwetzingen, nachdem er in der ersten Sitzung am 29. Juli mit allen Stimmen gegen die des Bürgermeisters abgelehnt worden war. Die Beratungen des Gemeindeparlaments standen unter dem Zeichen und Druck der Zeit. Bürgermeister Dr. **Trautmann** führte u. a. aus, der letzte Finanzausgleich sehe die Verminderung der Einnahmen um 25 000 *RM* vor. Die Biersteuer habe nicht das erwartete Ergebnis gezeitigt. Die Wohlfahrtsausgaben seien die unsichersten und ernstesten Posten im Haushalt. Die Einführung der geplanten **Bürgersteuer** bringe 13 000 *RM* ein. Die Bürgersteuer sei notwendig geworden, weil der Gemeinderat die Einführung der Biersteuer ablehnte und die Einführung der Getränkesteuer keine ergiebige Einnahmequelle verspreche.

Nach einiger Aussprache wurden mehrere Streichungsanträge eingebracht, die eine Einsparung von 26 000 *RM* ergeben und die Umlage ermäßigen, wie folgt: Aus Grundvermögen von

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

bisher 1,25 RM auf 1,15 RM, aus Betriebsvermögen von bisher 50 Rpf auf 46 Rpf, aus Gewerbeertrag von bisher 9,38 Reichsmark auf 8,61 RM. Bei der Abstimmung wurde die **Bürgersteuer** mit 36 gegen 23 Stimmen der Sozialdemokraten, Kommunisten und einzelner Mieter und der Voranschlag nebst den Einsparungen mit 53 gegen 6 Stimmen **angenommen.**

Bürgermeisterwahlen. In **Ispringen** wurde Bürgermeister **Benz**, der jetzt bereits 27 Jahre lang seinen Posten bekleidet hat, mit 29 gegen 17 Stimmen wiederum zum Bürgermeister gewählt. — In **Gremmelshofen** (Amt Waldshut) wurde Bürgermeister Karl **Harder** zum vierten Male zum Bürgermeister gewählt. Von 212 Wahlberechtigten stimmten 155 ab; 153 gaben ihre Stimme dem bewährten Ortsoberhaupt. — In **Tüllingen** wurde mit 129 Stimmen Max **Länger** zum Bürgermeister gewählt. Der bisherige Bürgermeister Adolf Ruser erhielt 32 Stimmen.

Betrieb des Mannheimer Nationaltheaters. Das Städtische Nachrichtenamt Mannheim teilt mit: Bis zum endgültigen Dienstantritt des neuen Intendanten des Nationaltheaters, Herbert **Maisch**, der im Laufe des Oktober d. J. zu erwarten ist, ist der Intendant nur für die Gestaltung des Spielplans verantwortlich. — Der Schauspielbetrieb wird von Oberspielleiter **Dornseiff**, der Opernbetrieb von Generalmusikdirektor **Rosenstock** verantwortlich geführt.

Die **Albtalbahnfrage.** Die Verkehrseinstellung auf der Albtalbahnstrecke **Busenbach-Brötzingen** ist noch nicht beschlossene Sache. Es finden laut „Pforzh. Anz." zur Zeit Verhandlungen zwischen der Bahn und den Vertretern von Gemeinden und gewerblichen Verbänden statt.

Pforzheims neues Finanzamt. Das in Pforzheim neuerstellte Finanzamtsgebäude, das nach den modernsten kassen- und verwaltungstechnischen Gesichtspunkten erbaut wurde, soll am 1. September seiner Bestimmung übergeben werden. Die Baukosten betragen rund eine halbe Million. Die bebaute Fläche mißt 773 Quadratmeter, der umbaute Raum 13 800 Kubikmeter.

Ferngas in Müllheim. Nachdem die Druckreglerstation fertiggestellt worden ist, konnte am Dienstag erstmals die Belieferung Müllheims mit Ferngas von Freiburg aus erfolgen.

Der **Bürgerausschuß Steißlingen** (Amt Stockach) genehmigte einstimmig den Voranschlag für 1930/31, der an Einnahmen 125 669 RM und an Ausgaben 149 005 RM vorsieht, so daß 23 336 RM durch Umlage zu decken sind. Die Umlage konnte auf gleicher Höhe wie 1929 gehalten werden und beträgt solche für Grundvermögen (außer Wald) und Gebäude 50 Rpf, für Wald 63 Rpf, für Betriebsvermögen 20 Rpf und für Gewerbeertrag 375 Rpf.

Neue Biersteuer in Villingen. Da die vom Bürgerausschuß Villingen am 1. August 1930 gemäß § 58 Abs. 2 der Gemeindeordnung beschlossene Biersteuer auf Grund des § 9 der Notverordnung der Reichsregierung hinfällig wurde, soll die Biersteuer auf Grund der Paragraphen 1 und 2 dieser Notverordnung eingeführt werden.

Fremdenzahlen badischer Kurorte. Baden-Baden konnte am 14. August 55 175 Kurgäste, darunter 15 621 Ausländer, notieren. Badenweiler zählte bis zum 15. August 8405 Kurgäste, darunter 1649 Ausländer. Das Kurhaus und Sanatorium Bühlerhöhe stellt für die Kurzeit vom 20. Dez. bis 15. Aug. eine Fremdenzahl von 1051 Kurgästen, darunter 142 Ausländer, fest.

Kurze Nachrichten aus Baden

bld. **Ladenburg**, 19. Aug. Auf seinem Landgut in Auerbach (Hessen) konnte am Samstag der von hier gebürtige Polizeirat Konrad **Meng** seinen **70. Geburtstag** feiern. Er begann am 8. Januar 1878 im Badischen Amtsgericht Mannheim seine erfolgreiche Amtstätigkeit. Am 1. April 1885 trat er bei der Staatsanwaltschaft in Mannheim als Kriminalkommissar ein, am 1. Okt. 1903 wurde er als Nachfolger des Polizeiinspektors Guggenbühler Leiter der gesamten Schutzmannschaft in Mannheim. In der Vorkriegszeit wurde er wiederholt zum persönlichen Sicherheitsdienst des Kaisers herangezogen.

DZ. **Badenweiler**, 19. Aug. Reichsaußenminister Dr. **Curtius**, der zu längerem Aufenthalt in Badenweiler eingetroffen war, hat gestern wieder den Kurort verlassen. — Die frühere Großherzogin **Hilda von Baden** ist von Freiburg kommend gestern in Badenweiler zu längerem Aufenthalt eingetroffen.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	20. August Geld	20. August Brief	19. August Geld	19. August Brief
Amsterdam 100 G.	168.78	168.82	168.78	168.82
Kopenhagen 100 Kr.	112.15	112.37	112.16	112.38
Italien . . 100 L.	21.90	21.94	21.905	21.945
London . . 1 Pfd.	20.366	20.406	20.37	20.41
New York . 1 D.	4.1825	4.1805	4.1825	4.1905
Paris . . 100 Fr.	16.445	16.485	16.445	16.485
Schweiz . 100 Fr.	81.34	81.50	81.345	81.505
Wien 100 Schilling	59.12	59.24	59.095	59.215
Prag. . . 100 Kr.	12.413	12.433	12.413	12.433

Hotelkonkurse in Baden-Baden. Nachdem erst vor kurzem das Hotel **„Zur Quelle"** in Baden-Baden insolvent wurde, ist jetzt über das Vermögen des Hoteliers Sylvester Harmann Gottlieb, Pächter des **Hotels Meßmer** in Baden-Baden, der Konkurs eröffnet worden.

Staatsanzeiger

Bekanntmachung.

Errichtung einer neuen Apotheke in Mannheim (Breite Straße).

Dem Apotheker Helmut **Hummel** in Frankfurt a. M. wurde die Berechtigung zum Betrieb einer in Mannheim (Breite Straße) neu zu errichtenden Apotheke verliehen.

Karlsruhe, den 16. August 1930.

Der Minister des Innern.
J. V.: Weitzel.

Nach den Meldungen der Bezirkstierärzte waren am 15. August 1930 im Lande Baden verseucht mit:

Maul- und Klauenseuche:

Keine Gemeinden.

Schweineseuche und Schweinepest:

Amtsbezirke:	Gemeinden:
Bretten	Bretten, Rinklingen
Bruchsal	Langenbrücken, Mingolsheim
Emmendingen	Oberhausen
Heidelberg	Heidelberg-Wieblingen, Schönbrunn
Lahr	Schutterzell
Mannheim	Friedrichsfeld, Mannheim-Sandhofen, Mannheim-Wallstadt, Altlußheim, Brühl, Edingen, Schriesheim, Seckenheim
Meßkirch	Kreenheinstetten
Mosbach	Neckarburken, Stein a. K.
Offenburg	Nesselried
Sinsheim	Eppingen, Eschelbronn
Stockach	Eigeltingen
Waldshut	Berau
Weinheim	Weinheim, Leutershausen, Sulzbach
Wiesloch	Walldorf, Rauenberg

Räude der Einhufer:

Amtsbezirke:	Gemeinden:
Waldshut	Detzeln, Mettenberg, Untermettingen

Badisches Statistisches Landesamt.

Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zurruhesetzungen usw.

der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern

Gestorben:

Gendarmerieoberwachtmeister Karl **Würtz** in Neuenburg, Amt Müllheim.

Literarische Neuerscheinungen

Jacques Delamain: Warum die Vögel singen . . . Eingeleitet von Jérôme und Jean Tharaud. Preisgekrönt von der Französischen Akademie. Aus dem Französischen übersetzt von Karl Wolfskehl. 232 Seiten. 8°. In Ganzleinen 4 RM. Verlag Bibliographisches Institut AG., Leipzig. — Dies Buch wird eingeleitet von einem Brief. Ein Kriegskamerad berichtet vom Verfasser, wie er in den Gräben der Champagne den Vögeln nachgeht im zerschossenen Gezweig, wie er im Chaos der Vernichtung den Sinn bewahrt für die kleinen Wunder ihrer Schöpfung. Delamain ist kein Gelehrter von Beruf, auch keiner jener Tierfreunde, die ihre Lieblinge in Käfige sperren, um ihnen nahe zu sein. In jahrzehntelanger inniger Fühlung mit der **freien** Natur ist dieses Buch gewachsen. Alle Vögel Europas ziehen auf ihrer Wanderung von Nord nach Süd an uns vorüber, als ob sie selbst von ihrem unsteten, abenteuerlichen Leben, von ihrer jauchzenden Weltfreude, von den Sorgen und Ängsten ihrer kleinen Herzen erzählten. Star und Pirol, Rotkehlchen und Brachvogel, Zeisig und Wiesenweih singen das Lied ihres Lebens, worin Kampf ums Dasein, Liebesspiel und Haß, Instinkt und Intellekt, Schlichtheit und Kunstfertigkeit seltsam miteinander verwoben sind. Keine aufsehenerregende Sensation, sondern eine kostbare Gabe für die stillen, innerlichen Freunde der Natur und der Dichtung.

Patrick Geddes: Leben und Werk von J. C. Bose. Übersetzt von Emil Engelhardt. (264 Seiten, mit einem Bildnis und 33 Abbildungen. In Leinen 10 Fr., 8 RM. Rotapfel-Verlag, Erlenbach-Zürich und Leipzig.) — Patrick Geddes schildert uns hier das Leben und Wirken des genialen indischen Forschers und hervorragenden Experimentators J. C. Bose, dessen bahnbrechende Untersuchungen und Erfolge auf vielen Gebieten der Naturwissenschaft auf der ganzen Welt Aufsehen erregt haben, und der uns erst vor kurzem noch in seinem Werk **„Die Pflanzenschrift" das Seelenleben der Pflanzen erschlossen hat.** Bose ist ein Universalgelehrter, der dank seinen ungewöhnlich vielseitigen Interessen, seiner außerordentlichen geistigen Beweglichkeit und Erfindungsgabe die wertvollste Pionierarbeit geleistet hat: in der Physik und Physiologie (der Tiere wie der Pflanzen), und sogar in der Psychologie. Die Forschung scheint vor einer neuen Etappe zu stehen und verfolgt mit Interesse, wie hier die Überbrückung der Gegensätze Pflanzen und Tier, Leben und Tod, Organisches und Unorganisches, Materie und Geist mit den feinsten Mitteln der Wissenschaft versucht wird.

„Frankfurt, Mainz, Wiesbaden. — „Was nicht im Baedeker steht" von Hans **Reimann.** Verlag R. Piper & Co., G. m. b. H., München. Preis flex. kart. 3,80 RM, Leinen 4,80 RM. — Frankfurt ist die zweite Vaterstadt dieses humorvollen Schriftstellers und nach der ersten Seite sehen wir schon, daß er Geschichte und Originale, Eigentümlichkeiten und die uns oft etwas merkwürdig anmutenden Sitten der alten Reichsstadt genau kennt. Zuerst führt uns Reimann in einem lustigen Raketenflug durch die Entwicklungsgeschichte der Stadt und dann beginnt ein amüsanter Rundgang; durch die „Appelwei"-Kneipen Sachsenhausens und durch die Frankfurter Mundart; durch das mondäne Frankfurt und durch die Handelsstadt; überall ist uns Reimann ein gleich sicherer Führer. Besonders reizvoll für den Einheimischen, wohl aber noch mehr für den Fremden sind die Blicke, die uns Reimann hinter die Kulissen des Frankfurter Theater- und Pressewesen tun läßt. Ein reicher Kranz von Anekdoten um berühmte Frankfurter gibt dem ausgiebig illustrierten Buch, in dem auch die Schwesterstädte Mainz und Wiesbaden nicht zu kurz kommen, eine besonders lustige Note. Wirklich ein Führer zu einem Frankfurt: „Was nicht im „Baedeker" steht."

Oeppling, Weltkarte mit Weltzeitweiser, Gradweiser und Ortsweiser. DRGM. Nr. 1120612. (Preis komplett 1,80 RM. Waldkircher Verlagsgesellschaft, G. m. b. H., Waldkirch i. Brsg.) — Mit der vorliegenden Ausgabe wird ein einzigartiges Hilfsmittel geboten, mittels dessen die Verfolgung der Flüge, Fahrten usw. nicht nur sehr lehrreich, sondern auch unterhaltend gestaltet werden kann. Fragen wie z. B.: Wieviel ist in Tokio oder irgendeinem beliebigen Ort der Welt, wenn Berlin 12 Uhr 30 hat? Wie groß ist der Zeitunterschied zwischen Hamburg und New York oder zweier beliebiger Orte der Erde? Welche Länder haben gleiche Zeit? Wie groß ist der Gradunterschied zwischen Honolulu und Hamburg? Wo ist der Standort des „Graf Zeppelin" bei der Meldung 23 Grad nord, 68 Grad west??? beantwortet die Karte genau und rasch. Der niedrige Preis dürfte mit dazu beitragen, daß die Karte eine weite Verbreitung findet.

Gemeindesparkasse Nußloch.

— Oeffentliche Sparkasse —

Bilanz auf 31. Dezember 1929.

Vermögen:	RM
1. Kassenbestand	6 463,89
2. Wechsel	2 780,—
3. Darlehen auf Hypotheken	558 351,60
4. Darlehen in laufender Rechnung an Private .	117 503,30
5. Darlehen auf Schuldschein	135 993,75
6. Aufwertungsforderungen	64 776,52
7. Betriebskapital bei der Girozentrale.	20 500,—
8. Einnahmerückstände . .	10 389,31
9. Gerätschaften	1,—
	916 759,37

Verbindlichkeiten:	RM
1. Spareinlagen	616 303,61
2. Giro- und Kontokorrenteinlagen	88 584,15
3. Aufwertungsspareinlagen	54 171,49
4. Anlehens- und andere Schulden	69 742,73
5. Aufwertungsfonds . .	15 880,37
6. Rücklagen:	
a) gesetzl. Reservefonds .	42 640,77
b) Sonderrücklage . . .	14 263,83
7. Reingewinn vom Jahre 1929	15 172,42
	916,759,37

Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen:

8% aus 704 887,76 RM Einlagen = ... :	56 391,02 RM
Sie beträgt auf Schluß des Jahres 1929	57 813,19 RM
Somit Überschuß	1 422,17 RM

Nußloch, den 31. Juli 1930. Q.805

Der Vorsitzende des Verwaltungsrates: Baust, Bürgermeister.

Der Geschäftsleiter: Pfister.

Q.804. **Karlsruhe.** Über das Vermögen des Kaufmanns **Hans Roebing**, Delikatessen, Karlsruhe, Geibelstr. 19, wurde heute am 15. August 1930, vormittags 9 Uhr, das Vergleichsverfahren zur Abwendung des Konkurses eröffnet. Theodor Theißen, Bücherrevisor hier, Kaiserstraße 175, wurde zur Vertrauensperson ernannt. Termin zur Verhandlung über den Vergleichsvorschlag wurde auf: **Montag, den 1. September 1930, vormittags 11 Uhr,** vor dem Amtsgericht Karlsruhe, Akademiestr. 8, 2. Stock, Zimmer Nr. 142 anberaumt. Der Vergleichsantrag und dessen Unterlagen liegen zur Einsicht der Beteiligten auf der Geschäftsstelle des Amtsgerichts auf.

Karlsruhe, 15. Aug. 1930.
Geschäftsstelle des Amtsgerichts A 5.

Grundstückszwangsversteigerung.

Im Zwangsweg versteigert das Notariat am **Donnerstag, dem 23. Oktober 1930, vormittags 9 Uhr** in seinen Diensträumen — Kaiserstr. Nr. 184, II. St., Zimmer Nr. 13 — das Hausgrundstück des Direktors Otto Bayer in Karlsruhe, Kaiserallee Nr. 149.

Die Versteigerung wurde am 12. Juli 1930 im Grundbuch vermerkt. Die Nachweisungen über das Grundstück samt Schätzung kann jedermann einsehen. Rechte, die am 12. Juli 1930 noch nicht im Grundbuch eingetragen waren, sind spätestens in der Versteigerung vor der Aufforderung zum Bieten anzumelden und bei Widerspruch des Gläubigers glaubhaft zu machen; sonst werden sie im geringsten Gebot und bei der Erlösverteilung erst nach dem Anspruch des Gläubigers und nach den übrigen Rechten berücksichtigt. Wer ein Recht gegen die Versteigerung hat, muß das Verfahren vor dem Zuschlag aufheben oder einstweilen einstellen lassen; sonst tritt für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes.

Grundstücksbeschrieb:

Lgb. Nr. 4704 — Kaiserallee Nr. 149 der Gemarkung Karlsruhe: 2,58 a Hofreite.

Auf der Hofreite steht:

a) ein dreistöckiges Wohnhaus mit gewölbtem Keller,
b) ein zweistöckiger Wohnanbau rechts ohne Keller.
Schätzungspreis 25 000 RM,
und mit Zubehör 25 060 RM.

Karlsruhe, den 18. August 1930. Q.806

Notariat V — Vollstreckungsgericht.

Q.803. **Karlsruhe.** Im Konkursverfahren über das Vermögen des **Adolf Mitschele jr.**, Landesprodukte in Karlsruhe-Rintheim, ist Termin zur Verhandlung über den vom Gemeinschuldner gemachten Zwangsvergleichsvorschlag bestimmt auf **Freitag, den 5. September 1930, vormittags 11 Uhr,** vor dem Amtsgericht Karlsruhe, Akademiestr. 8, 2. Stock, Zimmer Nr. 150. Der Vergleichsvorschlag und die Erklärung des Gläubigerausschusses sind auf der Geschäftsstelle des Amtsgerichts A 4 zur Einsicht der Beteiligten niedergelegt.

Karlsruhe, 15. Aug. 1930.
Geschäftsstelle des Amtsgerichts A 4.

Verdingung.

Die zum Posthausneubau auf dem Postgrundstücke zu Singen a. H. erforderlichen

a) Erd-, Maurer- und Asphaltarbeiten,
b) Eisenbetonarbeiten,
c) Eisenarbeiten

sollen im Wege des öffentlichen Angebots vergeben werden. Q.802

Zeichnungen, Massenberechnung, Programm, Bedingungen für die Bewerbung usw., Vertragsbedingungen und Preisverzeichnisse liegen im Amtszimmer der Postbauleitung **in Singen a. H.**, Erzbergerstraße, zur Einsicht aus und können daselbst mit Ausnahme der Zeichnungen zum Preise von 10 Rpf bezogen werden.

Die Angebote sind unterschrieben und verschlossen an die Postbauleitung in Singen a. H. frankiert einzusenden. Die Angebote werden in Gegenwart der etwa erschienenen Bieter den **1. September 1930, vormittags 10 Uhr** für Erd-, Maurer-, Asphaltarbeiten und Eisenbetonarbeiten, **11 Uhr** für Eisenarbeiten im Amtszimmer der Postbauleitung geöffnet. Zuschlagsfrist: 4 Wochen vom Tage der Eröffnung der Angebote ab gerechnet.

Falls keines der Angebote für annehmbar befunden wird, bleibt die Ablehnung sämtlicher Angebote vorbehalten.

Karlsruhe, 16. Aug. 1930.
Die Postbauleitung.

Q.807. **Karlsruhe.** Im Konkursverfahren über das Vermögen des **Franz Baumann** dahier, August-Dürr-Straße, soll mit Genehmigung des Gerichts die Schlußverteilung vorgenommen werden. Verfügbar sind 728,66 RM. Auf die bevorrechtigten Forderungen entfallen 315,42 RM und auf die nicht bevorrechtigten Forderungen in Höhe von 6389,80 RM = 413,24 RM. Das Schlußverzeichnis ist auf der Gerichtsschreiberei des Amtsgerichts A I dahier niedergelegt.

Karlsruhe, 19. Aug. 1930.
Der Konkursverwalter:
Johann Rist,
Hans-Thoma-Straße 5.

PORPHYRWERK DOSSENHEIM
HANS VATTER
DOSSENHEIM A. D. BERGSTR.
LIEFERT AUS SCHLOSS- U. HECKENMARKBRUCH ERSTKLASSIGES
STRASSENBAU-MATERIAL

Druck G. Braun, Karlsruhe